



Protokoll der 30. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum: 28. Februar 2023
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit: 10 bis 15 Uhr

Aktenzeichen: 924-3721/13/3

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivrektorinnen- und Archivrektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Susanne Kuster	Bundesamt für Justiz / Stv. Direktorin und Leiterin Direktionsbereich Öffentliches Recht (nur am Vormittag)
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Kommissionssekretariat



1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Ebenfalls anwesend sind heute Susanne Kuster (Stv. Direktorin des BJ; Teilnahme an der Sitzung nur am Vormittag) und Aurora Mentele (KV-Lernende beim Fachbereich FSZM). Entschuldigt haben sich Guido Fluri und Laetitia Bernard. Guido Fluri hat jedoch vorgängig schriftlich zu den Fällen Stellung genommen, was verdankt wird.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 22. November 2022 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 2 ½ Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Susanne Kuster bedankt sich für die Gelegenheit, an der heutigen Kommissionssitzung teilnehmen zu dürfen. Sie stehe zwar immer in engem Austausch mit den Leitenden des Fachbereichs FSZM, trotzdem möchte sie heute wieder einmal persönlich Einblick in die Arbeit der beratenden Kommission nehmen. Die Arbeit in dieser rechtlich, politisch und menschlich sensiblen Thematik sei für das BJ sehr wichtig. Sie danke im Namen des BJ für die Zeit und Sorgfalt, welche von allen Kommissionsmitgliedern im Zusammenhang mit den einzelnen Gesuchen für den Solidaritätsbeitrag aufgewendet werden. Auch die neue Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, welche seit anfangs Jahr im Amt sei, habe bereits ihr persönliches Interesse an der Thematik signalisiert und der Umgang mit Betroffenen/Opfern und auch die Arbeit der beratenden Kommission seien ihr wichtig. Das BJ werde ca. im Juni 2023 noch Gelegenheit haben, die Departementschefin ausführlicher über die verschiedenen Aufgaben des Fachbereichs FSZM zu informieren und mit ihr zu schauen, wie sie sich in der weiteren Aufarbeitung einbringen kann. In Bezug auf die Arbeit der beratenden Kommission dankt der Präsident auch dem Fachbereich FSZM für die Sitzungsvorbereitungen; ohne diese könnte die Kommission ihre Arbeit nicht machen.

Der Präsident informiert, dass man beim NFP 76 an den Abschlussarbeiten sei. Es würden drei thematische Synthesen zu Teilbereichen entstehen und die Veröffentlichung der Gesamtsynthese sei für das Frühjahr 2024 geplant. Eine Schlussveranstaltung soll im Mai 2024 erfolgen.

Der Präsident erwähnt im Weiteren, dass er in seiner Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 am 29. März 2023 zum jährlichen Informationstreffen für alle interessierten Bundesstellen und weitere Behördenvertreter eingeladen habe.

Reto Brand erwähnt kurz den Bundesratsbeschluss vom 16. Dezember 2022 betreffend Valorisierung der Forschungsergebnisse (mehr dazu unter Traktandum 5). Zudem gebe es beim Fachbereich FSZM infolge einer Kündigung einen Wechsel im Sekretariat. Die Stelle sei ab Juni 2023 wieder besetzt.

Simone Anrig informiert über die Statistik zu den Solidaritätsbeitragsgesuchen (Stand Ende Dezember 2022), welche vom BJ vor kurzem auf seiner Website publiziert wurde¹:

- Von April 2017 bis Ende Dezember 2022 wurden beim BJ insgesamt 10'863 Gesuche eingereicht. Davon konnten 10'273 Gesuche (94.6%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total rund 256.8 Mio. Franken zugesprochen werden. 340 Gesuche (3.1%) mussten hingegen abgewiesen werden (z.B. weil keine unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die

¹ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Solidaritätsbeitrag (ganz am Schluss der Seite unter «Dokumente»)

geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei 50 weiteren Gesuchen war aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich.

- Die grösste Anzahl von Gesuchen stammte von Personen mit Wohnsitz in den Kantonen Bern (20.6%) und Zürich (13.5%). Der Anteil der übrigen Kantone betrug zwischen 6.9 und 0.2%. Aus dem Ausland wurden 5.3% der Gesuche eingereicht.
- 29.4% der Gesuche wurden von Personen mit Jg. 1940-49 gestellt, 27.9% von Personen mit Jg. 1950-59. Die übrigen Personen waren älter (21.2%) bzw. jünger (21.6%).
- Bei den Schilderungen der Opfer standen Fremdplatzierungen im Kindes- und Jugendalter (v.a. als Verding-/Pflegekinder oder in Heimen) deutlich im Vordergrund. Andere fürsorgerische Zwangsmassnahmen wurden hingegen eher selten beschrieben.

Simone Anrig informiert im Weiteren über eine erste Nutzungsstatistik der Website des BJ zur Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981:

- Seitenaufrufe in allen Sprachen von Juli 2020 bis November 2022): rund 6'300 Aufrufe im Jahr 2020 (ab Juli), rund 10'800 Aufrufe im Jahr 2021 und rund 10'300 Aufrufe im Jahr 2022 (bis November). Peaks konnten in der Zeit von November 2020 bis Februar 2021 (Zeitpunkt, als die Frist für die Einreichung von Gesuchen für den Solidaritätsbeitrag aufgehoben wurde) und von August bis November 2022 (Zeitpunkt, als die vollständige Überarbeitung der Website bekannt gemacht wurde) verzeichnet werden.
- Seitenaufrufe nach Sprachen und Subseiten: Die Aufrufe der deutschsprachigen Seiten stehen erwartungsgemäss klar im Vordergrund, gefolgt von den französischsprachigen, englischen und italienischen Seiten. In allen Sprachen erfolgte der Zugang zur Website vor allem via die allgemeine Einstiegsseite «Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen»² oder die Subseite «Solidaritätsbeitrag»³. Aber auch die im August 2022 neu gestalteten Seiten zur «Politischen Aufarbeitung» und «Wissenschaftlichen Aufarbeitung» stiessen auf Interesse.⁴
- Downloads von Dokumenten: In allen Sprachen wurden vor allem Dokumente/Informationen zum Solidaritätsbeitrag heruntergeladen (insbes. Gesuchsformular und Wegleitung).

2 Tätigkeitsbericht der beratenden Kommission / Cocosol für die Jahre 2021-2022 (Diskussion und Verabschiedung)

Der Entwurf des Tätigkeitsberichts wurde den Kommissionsmitgliedern zusammen mit der Einladung und Traktandenliste für die heutige Sitzung zugestellt. Er wird kurz diskutiert und mit ein paar wenigen redaktionellen Korrekturen verabschiedet. Der Tätigkeitsbericht soll auf der Website des BJ auf Deutsch und Französisch publiziert werden. Der Präsident dankt dem Kommissionssekretariat für die in diesem Zusammenhang geleisteten Vorarbeiten.

3 Rücktritt Elisabeth Aeschlimann / Gesamterneuerungswahl aller Kommissionsmitglieder durch den Bundesrat für die Amtsperiode 2024-2027

Elisabeth Aeschlimann ist aus persönlichen Gründen per Ende 2022 aus der beratenden Kommission zurückgetreten. Die neue Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, hat ihre Mitwirkung in der Kommission verdankt. Auch der Präsident spricht ihr

² Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

³ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Solidaritätsbeitrag.

⁴ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Politische Aufarbeitung bzw. Wissenschaftliche Aufarbeitung.

an dieser Stelle nochmals seinen Dank und seine Anerkennung für ihr grosses Engagement in der Cocosol zugunsten der Sache der Opfer aus. Die Vakanz wird voraussichtlich erst im Rahmen der anstehenden Gesamterneuerungswahlen wieder besetzt, denn vorher besteht kein zwingender Handlungsbedarf.

Auf Bundesebene haben die Vorbereitungen im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen aller ausserparlamentarischen Kommissionen durch den Bundesrat für die Amtsperiode 2024 bis 2027 bereits zu laufen begonnen. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Mitglieder der beratenden Kommission für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen werden. Bei einem allfälligen Rücktritt wird um frühzeitige Mitteilung an den Fachbereich FSZM gebeten, damit ausreichend Zeit für die Suche nach Ersatzpersonen zur Verfügung steht. Die Namen der (wieder) zu wählenden Mitglieder müssen ca. im August 2023 bekannt sein. Der Präsident weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es die Aufgabe des Departements bzw. des BJ (nicht der beratenden Kommission) sei, die Mitglieder der neuen Kommission zur Wahl vorzuschlagen. Das BJ sei aber sicher dankbar für Hinweise auf allfällige neue, geeignete Mitglieder.

Der Präsident informiert bei dieser Gelegenheit, dass er nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen werde. Ende Jahr sei ein guter Moment, um aufzuhören. Dieser Rücktritt wird von den Anwesenden mit Bedauern zur Kenntnis genommen, insbesondere wegen seines grossen Verdienstes im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

Die anstehende Gesamterneuerungswahl werde für die nächste Sitzung erneut traktandiert.

4 Diskussion von Einzelfalldossiers

4.1 Fälle aus der letzten Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission bei drei Fällen (Brüder) bereits eine Empfehlung zur Abweisung der Gesuche abgegeben. Anschliessend sind beim BJ wider Erwarten doch noch Archivakten eingetroffen. Gestützt darauf bittet der Fachbereich um eine erneute Diskussion der Fälle in der Cocosol. Nach eingehender Diskussion werden die Gesuche mit knapper Mehrheit zur Abweisung empfohlen.

4.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

4.2.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Oktober 2022 total 48 Fälle, mit der Monatsliste November 2022 total 30 Fälle, mit der Monatsliste Dezember 2022 total 3 Fälle und mit der Monatsliste Januar 2023 total 21 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Der Präsident hat bei allen Monatslisten (Ausnahme Dezember 2022) ein paar Fälle stichprobenweise überprüft. Er hat bei insgesamt 9 Fällen noch eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Alle Fälle werden nun nach Beratung von der Kommission zur Gutheissung empfohlen.

4.2.2 Von Oktober 2022 bis Januar 2023 seien den Kommissionsmitgliedern im Übrigen keine Fälle unterbreitet worden, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung wegen offensichtlicher Unbegründetheit vorsah.

4.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 21 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 17 Fällen eine Abweisung und in 4 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 2 Gesuche gutzuheissen und 19 Gesuche abzuweisen.

5 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)

Gemäss Art. 15 AFZFG hat das BJ den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Trägern der wissenschaftlichen Aufarbeitung für die Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) der Ergebnisse zu sorgen. Mit der Publikation der Gesamtsynthese aus dem NFP 76 kommt im nächsten Jahr insbesondere die wissenschaftliche Aufarbeitung auf Bundesebene zum Abschluss.

Die Vorschläge des BJ zur Valorisierung der Ergebnisse aus der Aufarbeitung wurden am 16. Dezember 2022 vom Gesamtbundesrat zur Kenntnis genommen und im vorgeschlagenen Umfang genehmigt. Damit startet das Projekt in seine Umsetzungsphase. Insgesamt neun Massnahmen (Teilprojekte) sollen bis spätestens Ende 2028 in die Wege gleitet bzw. umgesetzt werden, nachfolgend die drei Kernmassnahmen:

- Schaffung einer Webplattform mit allen wichtigen Grundinformationen zum Thema
- Realisierung einer Wanderausstellung
- Lehrmittel und Weiterbildungsangebote

Im Rahmen dieses Projekts ist für ca. 2027 auch ein Schlussanlass zur Würdigung sämtlicher Leistungen der Aufarbeitung geplant. Vorgesehen ist auch eine Schlusspublikation in gedruckter Form.

Auf der Website des BJ werden demnächst die wichtigsten Projektinformationen und das Summary des Valorisierungskonzepts aufgeschaltet.

6 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Beim BJ sind aktuell weiterhin zwei Anträge auf Finanzhilfe für ein Selbsthilfeprojekt (gem. Art. 17 Bst. b AFZFG) hängig.

Zum einen für das Caregiversprojekt (Projektträgerschaft: Guido Fluri Stiftung und die Pro Senectute), in welchem über die Kantonsgrenzen von Bern hinaus (insbesondere in der Westschweiz und Zürich) ein Netzwerk von «Caregivern» (ausgebildete Betroffene) aufgebaut werden soll. Diese sollen andere Betroffene in verschiedenen Lebenssituationen unterstützen. Zudem soll auch eine Sensibilisierungskampagne in Alters- und Pflegeeinrichtungen das Personal auf die spezielle Thematik «FSZM» aufmerksam machen. Der ursprüngliche Antrag wurde durch die Projektträgerschaft nochmals überarbeitet und neu eingereicht und befindet sich beim BJ aktuell in der Prüfung.

Weiter plant die Association «agir pour la dignité» ein Selbsthilfeprojekt, bei welchem in den nächsten 3 Jahren in der Westschweiz 25 Videoportraits von Betroffenen und eine Online-Plattform entstehen sollen, welche vor allem auch für die Vermittlung der FSZM-Thematik in den Schulen dienen soll. Der ursprüngliche Antrag wurde durch die Projektträgerschaft nochmals überarbeitet und neu eingereicht und befindet sich beim BJ aktuell in der Prüfung.

7 Verschiedenes

Barbara Studer weist darauf hin, dass die Vorbereitungen für das Zeichen der Erinnerung (Zeder) im Kanton Bern gut laufen. Es sei ein vielseitiges Programm in 130 verschiedenen Gemeinden vorgesehen. Der offizielle Start der Veranstaltungen erfolge am 25. Mai 2023 durch Regierungsrätin Christine Häsler im Schloss Köniz.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 23. Mai 2023, voraussichtlich ab 10 Uhr, stattfinden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 15 Uhr geschlossen.